



bremen.freifunk.net

#ffk'hb



FREIFUNK KONGRESS

u.a. mit Konstantin von Notz, MdB und
Julia Reda, MdEP

Sa, 13. Februar 2016, 11 - 17 Uhr
KWADRAT (Martinshof)
Wilhelm-Kaisen Brücke 4, 28199 Bremen

Infos und Programm:
gruenlink.de/12zs

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



CC BY-SA 3.0 - Boris Niehaus, Berlin

Zusammenfassung und Ergebnisse

Autor: David Mohr, Bündnis 90 / Die Grünen Bremen
15.02.2016, david.mohr@gruene-bremen-mitte.de

1 Einleitung

Dieses Dokument soll die Ergebnisse, Forderungen und wichtigsten Aspekte des Freifunk-Kongresses vom 13.02.2016 zusammenfassen um diese in den laufenden Prozess der bremischen Kommunal- und Landespolitik einzubringen, bzw. als Wegweiser dienen für weitere Projekte und Aktionen der Freifunk-Initiative. Diese Zusammenfassung speist sich aus den Keynotes, Ergebnissen des Workshops sowie der Podiumsdiskussion.

2 Forderungen an die Politik

2.1 Freifunk in die Schulen

Die bremische Bildungspolitik sollte die Initiative ergreifen, Freifunk in Schulen zu fördern. Darunter ist nicht das bloße Aufstellen von Routern zu verstehen, sondern auch, dass z.B. im Rahmen von Kooperationen mit der Freifunk-Initiative und/oder innerhalb des AG-Angebots an allgemeinbildenden Schulen das Freifunk-Netz durch Engagement der Schülerinnen und Schüler erweitert wird. So wird den jungen Menschen früh die Grundkenntnis über Vernetzung vermittelt, außerdem werden den SchülerInnen die Grundprinzipien des Internets verdeutlicht. Ferner ist aber auch der Sinn hinter solchen Netzen zu vermitteln.

2.2 Hilfe und Unterstützung bei der Vereinsgründung / Finanzielle Förderung

Sobald die Freifunk-Initiative einen Förderverein besitzt bzw. selbst ein Verein ist, kann über Globalmittel des Beirats oder über die Vereinsförderung aus dem Landeshaushalt bestimmte Projekte gefördert werden. In Bremen ist dies z.B. in einem extra Haushaltsposten geplant.

2.3 Fester Ansprechpartner für Freifunk

Um Kompetenzen innerhalb der bremischen Verwaltung zu bündeln, sollte eine zuständige Person für Freifunk-Initiativen bzw. freie Bürgernetze in Bremen benannt werden.

2.4 Bürokratische Hürden

Sofern möglich, sollten bürokratische Hürden für die Nutzung von öffentlichen Gebäuden in Bremen abgebaut werden. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die bremische Politik im Rahmen des Bürgerschaftsbeschlusses Drucksache 18/1506 verpflichtet hat, Freifunk in Bremen zu fördern.

2.5 Bericht zur Umsetzung durch den Senat

Im Beschluss Drucksache 18/1506 der Bremischen Bürgerschaft ist von einem Bericht zur Umsetzung bzw. dem Voranschreiten zur Umsetzung des Freifunk-Beschlusses genannt. Dieser Bericht sollte zeitnah vorliegen.

2.6 Dachflächen

Der Senat könnte eine Liste von möglichen Dachflächen der Freifunk-Initiative zur Verfügung stellen.

2.7 Anschluss an Landesnetz

Der Senat sollte prüfen, ob das Freifunk-Netz an das bremische Landesnetz angeschlossen werden kann. So kann z.B. erreicht werden, dass bremische Webseiten direkt erreichbar sind, nicht über den Umweg über das Internet.

3 Ideen für die Freifunk-Initiative

3.1 Festlegung von Zuständigkeiten und Zielen

Die Freifunk-Initiative sollte sich Strukturen im Sinne von festen Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben geben und diese wählen. Diese Aufgabenverteilung, wie auch Ziele lassen sich im Rahmen einer internen Satzung festlegen. (Sprecher, Pressekontaktperson, Flüchtlingsunterkünfte, Technische Fragen, ...). So kommt es nicht zu Reibungsverlusten aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten.

4 Persönliches Engagement

4.1 Freifunk mehr als Internet

In Gesprächen zum Thema Freifunk sollte darauf geachtet werden, dass Freifunk nicht ausschließlich Internetzugang bedeutet. Es geht viel mehr um den Aufbau eines lokalen Netzes zur Kommunikation, das Internet ist nur ein „Feature“.

4.2 Best-Practise-Beispiele verbreiten

In jeglichen Gesprächen, wo es darum geht, für Freifunk zu werben bzw. das Netz zu erweitern, sind Best-Practise-Beispiele aus anderen Ländern oder der gleichen Stadt aufzuzählen. Dies baut Vorurteile und Ängste ab.

Helfen kann auch eine Liste von Städten u. Kommunen mit Ansprechpartnern, in denen es bereits eine funktionierende Zusammenarbeit der Freifunk-Initiativen mit den Behörden gibt.

4.3 FAQs zu grundsätzlichen Fragen

Um Ängste und Vorbehalte abzubauen, sind FAQs zu rechtlichen und technischen Fragen zu sammeln und zu der Frage: Wieso eigentlich Freifunk und nicht kommerzielle WLAN-Netze (Stichwort: Freifunk ist mehr als Internet).

5 Bundes- und Europapolitische Forderungen / Sonstiges

5.1 Gemeinsame Sprache

In der Kommunikation zwischen Freifunk-Initiativen innerhalb Deutschlands aber besonders innerhalb Europas sollte darauf hingearbeitet werden, eine gemeinsame Sprache zu finden bzw. geeignete Übersetzungen.

5.2 Haftungspriviligerung für Freifunk-Initiativen

Freie Netze (wo Freifunk hinzugehört) sind von der Störerhaftung zu befreien.

5.3 Firmware-Freiheit für Router

Es ist sicherzustellen, dass es rechtlich wie technisch Möglich ist, Router zu „flashen“ um entsprechende Firmware für Freifunk auf diese Router zu laden.

5.4 AGBs

Telekommunikationsunternehmen dürfen das zur Verfügung stellen von Freifunk-Kapazitäten nicht per AGB unterbinden (Stichwort: Mitnutzung des Internetzugangs)

5.5 Bundesweiter Freifunk-Kongress

Um sich auch innerhalb der Freifunk-Szene in ganz Deutschland besser zu vernetzen, könnte ein bundesweiter Freifunk-Kongress organisiert werden (vergleichbar zum Digitalisierungskongress der Grünen).